

Konzept für ruhenden Verkehr angemahnt ^{UEA} _{11.07.}

Die WNK-UWG-Fraktion fragt die Stadt nach dem Satzungsentwurf für die Regelung des ruhenden Verkehrs. Da sich die Verwaltung um ein kommunales Mobilitätsmanagement bemühe, wollte sie – siehe Beschlussvorlage 2439/2012 – das Ergebnis des Mobilitätswettbewerbs des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg (VRS) abwarten. Den haben andere Kommunen gewonnen. Wann also gedenke die Verwaltung, fragt Rüdiger Bornhold, die Politik mit einer Satzung für den ruhenden Verkehr zu beschäftigen – insbesondere, weil „die Verwaltung mittlerweile selbst eingesehen hat, dass sie den Parkdruck in verschiedenen Bereichen bislang falsch eingeschätzt“ habe. Bornhold erinnert den Beschluss des Hauptausschusses vom 3. Dezember zum Thema Kommunales Mobilitätsmanagement. Der hatte die Verwaltung – gegen die Stimmen der WNK – beauftragt, die erforderlichen Wettbewerbsunterlagen „Kommunales Mobilitätsmanagement“ des VRS zu erarbeiten. Dass Wermelskirchen nicht gewonnen habe, müsse das ja nun bedeuten, dass die Stadt aufs kommunale Mobilitätsmanagement verzichte und sich unmittelbar der „Satzung für den ruhenden Verkehr“ annehme. s.n.

MELDUNGEN ^{BH} _{14.07.2010}

„Grob geschätzte Zahlen“ der Projekte vorlegen

WERMELSKIRCHEN (tei.-) In einem Schreiben an den Bürgermeister bittet WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse darum, „Eckwerte“ für den Umzug der PCB-belasteten Schulen, Reparatur Rathausfassade, Sekundarschule und Brandschutz vorzulegen. „Ohne zumindest die Einstellung grob geschätzter Zahlen werden mittelfristige Finanzplanung wie auch Haushaltssicherungskonzept nicht wahrhaftig und belastbar sein“, sagt Rehse. Es sei schwer vorstellbar, dass seine Fraktion einem „Rumpfhauhalt“ zustimmen könne.

Parkdruck: Stadt soll sich mit Verkehrskonzept beschäftigen

Wermelskirchen wird keine „Vorzeigekommune“ ^{BH} _{13.07.}

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Wermelskirchen kommt nicht in den Genuss, als Vorzeigekommune für zukunftsfähige Mobilitätslösungen ein innovatives Mobilitätskonzept entwickelt zu bekommen. Den Wettbewerb des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg und des NRW-Verkehrsministeriums gewannen Alfter und Bergisch Gladbach.

Wermelskirchen hatte sich ebenfalls beworben, sich aber nicht durchsetzen können. Den Gewinnern des Wettbewerbes wird ein auf die örtliche Situation zugeschnittenes Mobilitätskonzept erstellt. Wermelskirchen hatte erst kurz vor Weihnachten beschlossen, sich zu

bewerben: Letztlich ging's darum abzuwägen, ob eigenes Personal im Falle eines Wettbewerb-Gewinns bereitgestellt werden sollte.

Für den WNKUWG-Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse stellt sich die Frage, wie es weitergeht? „Verzichtet die Stadt auf ein eigenes kommunales Verkehrsmanagement und widmet sich unmittelbar dem wesentlich wichtigeren Thema des ruhenden Verkehrs?“

Er erwartet, dass die Stadtverwaltung alsbald das Thema aufgreife, schließlich habe sie selbst eingesehen, dass sie den „Parkdruck in verschiedenen Bereichen der Stadt bislang falsch eingeschätzt“ habe.

Rehse: Andere Prioritäten vor dem „Mobilitätskonzept“ ^{BH} _{15.02.10}

WERMELSKIRCHEN (BM) Zum Thema Parkplätze schreibt WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse jetzt dem Bürgermeister, Kurzzeitparkplätze in direkter Nähe zu den Geschäften wie auch Mittel- und Langzeitparkplätze und deren Organisation seien aus Sicht seiner Fraktion ein unverzichtbarer Eckpfeiler für einen gut funktionierenden Einzelhandel in Wermelskirchen. Ob dies durch ein hochtrabend bezeichnetes „Mobilitätsmanagement“ und/oder eine Satzung für den ruhenden Verkehr erreicht werde, sei für die WNKUWG dabei zweitrangig.

WNKUWG erinnere an des Bürgermeisters zu verschiedensten Anlässen getätigten Hinweise auf die finanzielle Situation der Stadt, die ausgedünnte Personalsituation im Rathaus, sowie die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen. Für die WNKUWG habe das Baudezernat derzeit andere Projekte prioritär zu

bearbeiten: Schulumzug, Planung und Bau der Sekundarschule, Rathausfassade, Neubau der Feuerwache, Bergischer Löwe, Ausweisung von Gewerbeflächen, Ertüchtigung des Hallenbades, Grünflächenpflege, Energiewende etc. – alles Projekte, die aus Sicht der WNKUWG deutlich vor einem „Mobilitätskonzept“ rangierten, schreibt Rehse.

Er weist den Bürgermeister auf die derzeit bestehende Beschlusslage zum Mobilitätskonzept und zur Satzung für den ruhenden Verkehr hin: Der Rat habe am 31. Mai 2010 die Verwaltung „beauftragt, möglichst in der ersten Sitzung des Rates der Stadt im Jahr 2011 nach dieser Probephase einen neuen Satzungsentwurf für die Regelung des ruhenden Verkehrs vorzulegen, der alle Änderungen umfasst.“ Diese Beauftragung habe Bürgermeister Eric Weik bislang nicht umgesetzt und dem Rat nichts zu diesem Thema vorgelegt, kritisiert Rehse.

Windkraft: WNKUWG will Windparks ausweisen

BH
16.02.13

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Nachbarstadt Solingen bekommt vier Windrad-Giganten mitten ins Erholungsgebiet; am 18. Februar soll im dortigen Fachausschuss der Flächennutzungsplan geändert werden. Eins soll nördlich von Oberburg an der Grenze zu Wermelskirchen und eins südwestlich der Sengbach-Talsperre errichtet werden. Die WNKUWG-Fraktion spricht sich jetzt in einem Antrag für die März-Sitzung des Fachausschusses für eine „raum-, landschafts- und ortsbildverträgliche Konzentration von Windkraftanlagen“ aus.

Die WNKUWG möchte eine öffentliche Diskussion über die regionale Energiewende einleiten, heißt es in dem Antrag an den Ausschuss-

Vorsitzenden Friedel Burghoff. Die Verspargelung der Landschaft durch ungeordneten Bau vieler Einzelanlagen solle verhindert werden; zumal Bauanträge für Einzelanlagen sich nur schwer verhindern ließen. Deshalb sollten „Windkraftkonzentrationszonen“ eingerichtet werden. Nur so könnten Einzelanlagen verhindert werden.

Von der Stadt will die Fraktion beantwortet haben, ob es geeignete Standorte für Windparks auf Stadtgebiet gebe und ob gemeinsam mit Kreis oder Nachbarkommunen grenzüberschreitende Flächen entwickelt oder genutzt werden könnten und ob es in der Verwaltung bereits Vorbereitungen für eine Änderung des Flächennutzungsplans gebe?

Rundfunkgebühr: Kreis soll Nachbesserung fordern

BH
18.02.

RHEIN-BERG (tei.-) Wird sich die Mehrheit des rheinisch-bergischen Kreistages einem Antrag der Freien Wähler anschließen und eine Resolution an die Ministerpräsidentin des Landes NRW unterstützen, in dem eine unverzügliche Nachbesserung der Rundfunkgebühren gefordert wird? Der neue Rundfunkbeitrag führe zu einem „dramatischen Anstieg der Beiträge, die die Gemeinden und Städte zahlen müssten“, beklagt Jan Pass (Wermelskirchen), Mitglied der Freien Wähler im Kreis, jetzt in dem Antrag.

Paas zitiert aus dem Gutachten des Handelsverbandes Deutschland, wonach der neue Rundfunkbeitrag verfassungswidrig sei, weil die Länder nicht zuständig seien. Wenn es nach den Freien Wähler geht, soll der Kreis nur unter Vorbehalt seine Rundfunkgebühren bezahlen oder es sogar wie die Stadt Köln machen – also die Zahlung verweigern.

Beantragt wird auch, dass der Kreis sich für seine Gemeinden mit einer Resolution dafür einsetzt, dass die Rundfunkbeiträge auf die Höhe vor dem 1. Januar 2013 zurückgeführt werden. Auch soll sich der Kreis einer möglichen Klage anderer Kommunen anschließen.

Das Thema ist letztlich für den Landrat nicht neu: Der Landkreistag diskutiere bereits über die neuen Rundfunkgebühren und stimme sich für eine gemeinsame Vorgehensweise ab, so Kreissprecher Alexander Schiele. „Der Landrat hat sich darüber geärgert, dass Kreis, Städte und Kommunen mit den neuen Gebühren in ihrer finanziellen Situation zusätzlich belastet werden.“ Der Antrag der Freien Wähler gehe jetzt seinen Weg und werde im Kreistag diskutiert.

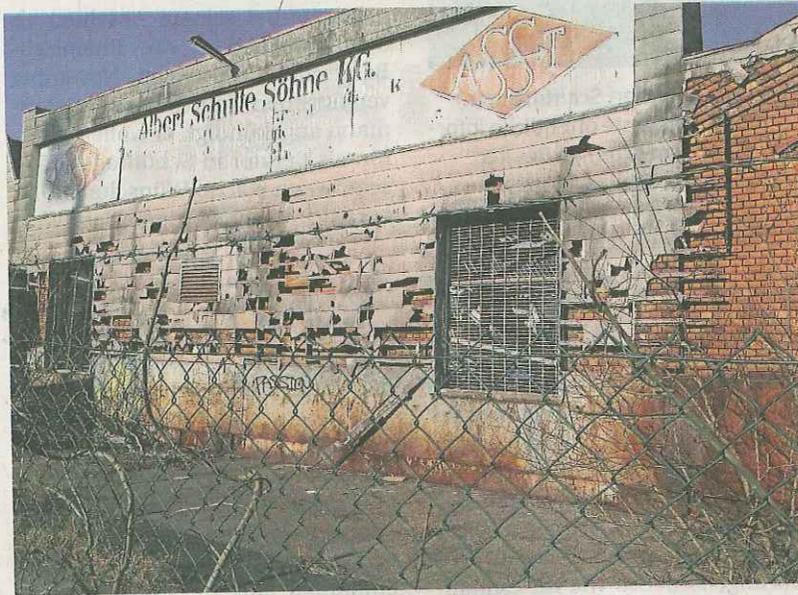
Die Rundfunkgebühren-Kosten verdoppeln sich fast für den Kreis. 2012 bezahlte Rhein-Berg 3900 Euro, ab 2013 beträgt die Gebühr 7500 Euro.

Unfall- und Umweltgefahren überprüfen 84 70.02.

WNKUWG-Mitglied Klaus Brosze regt städtische Prüfung des alten Rhombus-Geländes an der B 51 an.

WERMELSKIRCHEN (BM) Eine Anfrage zu der maroden ehemaligen Rhombus-Fabrik an der Dellmannstraße (B51) richtet jetzt WNKUWG-Mitglied Klaus Brosze an den Bürgermeister und die Dezernenten. „Bei dem Gelände der ehemaligen Firma Rhombus-Rollen kann mittlerweile eine Umwelt- und Unfallgefährdung nicht mehr ausgeschlossen werden“, schreibt Brosze. Zwischenzeitlich sei an einigen Stellen das Dach eingefallen und die Fassadenteile seien zerbröckelt. Sie hingen entweder noch an der Fassade, oder fielen herab, schildert er die Situation.

Der Kommunalpolitiker regt daher an, die Stadtverwaltung möge prüfen, ob durch Regen, der in das Gebäude eindringt und versickert, keine Schadstoffe in die Umwelt ausgeschwemmt bzw. in Erdreich



Verwahrlost ist die Fassade des ehemaligen Rhombus-Werkes. Auch im Inneren soll es keinesfalls besser aussehen.

FOTO: KLAUS BROSZE

und Grundwasser eingetragen werden. „An einem Teil des Gebäudes kann man aufgrund der heruntergefallenen Fassade lesen, dass es sich bei der ursprünglichen Firma um eine Eisen- und Metallgießerei gehandelt hat, ein Unternehmen also, das für Schadstoffe und Altlasten hinlänglich bekannt ist“, gibt Brosze zu bedenken.

Der Politiker fragt außerdem an: „Ist geprüft, dass in Kombination von Trockenheit und Wind Staub und Brösel der zerfallenden Fassade nicht ausgetragen werden und aufgrund ihres Eternit- bzw. Asbestanteils die Umwelt und die Bevölkerung gefährden?“ Und Brosze will wissen: „Ist geprüft, dass das Gelände derart gesichert ist, dass ein Zugang von Unbefugten für diese sichtbar unterbunden wird, um Unfälle in der Ruine zu vermeiden?“

VERBLEIB DES WEINGESCHÄFTS

WNK UWG ist froh über die Klarstellung WGA 18.02.

Über die Klarstellung im WGA im Bezug auf den Verbleib des „Wein Freund“ zeigt sich die WNK UWG froh. Fraktionschef Henning Rehse erklärt: „Der „Wein Freund“ zählt zu den unverzichtbaren Aktivposten in der unteren Innenstadt.“ Die WNK UWG setze sich für den Abbau und „Umzug“ ins

Freilichtmuseum Lindlar der ehemaligen hinter dem „Wein-Freund“ gelegenen Sozialunterkunft an der Taubengasse ein. Danach sollen lediglich auf dieser Fläche - ohne das der „Wein Freund“ tangiert ist - mit einfachen Mitteln, sprich Schotterung, ca. 15 öffentliche Parkplätze entstehen. red

„Vorratsplanung für die Schublade“

Rathaus-Fassade: Henning Rehse empfiehlt, dem SPD-Antrag zu folgen. BM
18.07.13

WERMELSKIRCHEN (BM) Der Sachstandsbericht der Stadtverwaltung über die Rathaus-Fassade hat jetzt zu weiteren Aktivitäten von Henning Rehse (WNKUWG) geführt. Der Technische Beigeordnete Dr. André Benedict Prusa hatte über eine Arbeitssitzung mit WiW berichtet – Tenor: WiW habe starkes Interesse, das Erscheinungsbild des Rathauses zu verbessern, werde aber ohne nachhaltiges Konzept keinen ehrenamtlichen Einsatz starten. Deshalb fordert er jetzt, dass die Verwaltung bis spätestens zur Haupt- und Finanzausschusssitzung am 6. Mai ein Konzept für eine Reparatur der Fassade erarbeitet – auf der Basis des Bündnisantrages (Feldversuch).

Nach Hintergrundgesprächen stellt Rehse in einer Mail an den Bürgermeister fest, dass „WiW nicht in politische Meinungsverschiedenheiten zwischen Rat und Verwaltung hingezogen“ werden möchte. Deshalb müsse der Rat festlegen, wie mit der Fassade grundsätzlich umgegangen werden solle: „Nie-

mand möchte bei einer Reparatur mitwirken, wenn später eine Komplettsanierung ansteht.“ Nach seinen Gesprächen zeichnet sich ab, das „WiW nur ist der Lage ist, für handwerkliche Leistungen die Verantwortung zu übernehmen, nicht



Netze sichern derzeit die Marmorplatten. BM-ARCHIVFOTO

jedoch für die grundsätzliche Bewertung, ob eine Reparatur die Sicherung der Fassade“ gewährleiste.

Deshalb empfiehlt Rehse den Politikern im Hauptausschuss, am Montag dem SPD-Antrag zuzustimmen, die Verwaltung mit einer „Vorratsplanung für die Schublade“ (Komplettsanierung der Fassade und komplette energetische Sanierung als Bauentwurfsplanung) zu beauftragen. Die Ausführung sollte abhängig der finanziellen Situation erfolgen und wird kurzfristig als „nicht zwingend“ betrachtet.

Er unterbreitete der Verwaltung auch einen Vorschlag für einen Fachfirma, die Stahlnetze verarbeitet. „Im Rathaus muss man sich mal Ziel führend und kreativ um das Thema kümmern“, so der Politiker. Die Vision, dass der Zustand weitere zehn bis 15 Jahre so bleibe, müsse durch die Vision ersetzt werden, dass dieses Jahr die Reparatur angepackt werde. „Dann haben wir alle Zeit, die große Lösung zu planen und auch zu finanzieren“, heißt es in seinem Schreiben.

RP ONLINE

Frage des Tages

Gestern haben wir Sie gefragt:
Sollte ein Stahlnetz testweise über die maroden Platten gespannt werden?

Sie haben abgestimmt*:

Ja 78 Prozent

Nein 22 Prozent



Bitte systematisch vorgehen *WGA 18.02.*

Zum Thema Fassaden-Sanierung (WGA-Mittwochausgabe)

Die von Dr. Prusa im Rat vortragenen Ausführungen waren in keiner Weise perspektivisch, wie es denn mit dem leidigen Thema nunmehr kurzfristig und Ziel führend weitergehen soll.

1. WiW möchte nicht in politische Meinungsverschiedenheiten zwischen Rat und Verwaltung hineingezogen werden.

2. Zunächst müssen wir als Rat festlegen, wie mit der Fassade hinsichtlich Sanierung und/oder vorgeschalteter Reparatur grundsätzlich verfahren werden soll und wie die Zeitpläne hierfür aussehen.

WiW ist nur in der Lage, für handwerkliche Leistungen die Verantwortung zu übernehmen, nicht jedoch für die grundsätzliche Beantwortung der Frage, ob die Reparatur in der gewählten Form die Sicherung der Fassade gewährleistet. Sofern diese Punkte geklärt sind, ist WiW bereit, auch in Gesprächen über eine Beteiligung bei der Reparatur der Fassade einzutreten.

Der Hauptausschuss sollte am Montag systematisch vorgehen

und dem SPD-Antrag zustimmen und die Verwaltung mit einer „Vorratsplanung für die Schublade“ der Komplettsanierung der Fassade und energetischen Sanierung des gesamten Gebäudes zu beauftragen.

Wann diese Sanierung durchgeführt wird, bleibt abzuwarten und ist vom Rat in Abhängigkeit von den finanziellen Gegebenheiten zu entscheiden.

Ihre kurzfristige Umsetzung sollte allerdings in Anbetracht der Haushaltslage als nicht zwingend betrachtet werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mai ein Konzept für eine Reparatur der Fassade zu erarbeiten, das folgende Eckpunkte enthält:

Ersatz der derzeit fehlenden Platten mit gleichem oder ähnlich aussehendem Material, Reinigung der gesamten Fassade, Sicherung der Fassade mittels Gittern und / oder Netzen, jedoch in ordentlicher und optisch ansprechender Form, Instandsetzung und Pflege des gesamten Rathausumfelds.

Henning Rehse, WNK-UWG-Fraktion

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder; Kürzungen bleiben vorbehalten. Zuschriften erreichen den WGA per E-Mail an wga@rga-online.de